

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden  
Verlags- und Druckerei: 10141  
Katzstraße 10, Dresden  
Schulze & Co. Druckerei  
Verden - R. 1, Kattenstraße 25/26

Verlagspreis bei täglichem Bestellen monatlich 3.00 Mk. (einschließlich 70 Pf. für Transport), bei halbjährlichem Bestellen 15.00 Mk. (einschließlich 3.50 Pf. für Transport). Die einseitige 30 mm breite Seite 35 Pf., bei zweifacher 40 Pf., bei 90 mm breiter Seitenlänge 200 Pf., außerhalb 250 Pf. abh. Kleinanzeigen 10 Pf. pro Zeile, Samstagsausgabe und Sonntagsausgabe 15 Pf., außer- halb 20 Pf. Offertengelder 20 Pf. Rubricierte Briefe gegen Vorauszahlung.

Druck u. Verlag: Siegel & Reichardt,  
Verden, Postfach-Nr. 104  
Katzstraße 10 mit beil. Geschäftsangabe  
(Verden, Katt.) 10141, Verden  
Schulze & Co. Druckerei  
Verden - R. 1, Kattenstraße 25/26

## Englische Hoffnungen auf Lausanne

### Einlenken der französischen Regierung?

London, 9. Juni. Laut „Morning Post“ sollen gestern abend bei der britischen Regierung wichtige Nachrichten eingegangen sein, die auf ein Einlenken Frankreichs in der Reparationsfrage schließen lassen. Britische Regierungskreise beurteilen infolgedessen die Aussichten auf eine Regelung des Reparationsproblems hoffnungsvoller denn je. Nach „News Chronicle“, „Daily Mail“ und „Daily Express“ berichten von einem „gründlichen Wandel“, der in den französischen Ansichten bezüglich der Reparationsfrage eingetreten sei und der die Aussichten auf eine Vereinbarung bessere.

Die neue französische Regierung, so meldet der Pariser Mitarbeiter der „Daily Mail“, habe sich zu der Auffassung bekannt, daß gegenwärtig keine Zahlungen von Deutschland erwartet werden könnten. Vorausgesetzt, daß kein Versuch zu einer einseitigen Streichung der Reparationsschulden gemacht werde, sei Herriot bereit, Berlin einen Zahlungsplan anzubieten. Deutschland müsse diesen aber lediglich als einen solchen annehmen. Man hoffe in Paris, daß dann Washington von diesem Zahlungsplan unterrichtet würde und daß der Zeitgewinn dann die Fertigstellung eines Abkommens über eine vollständige Schuldenerleichterung gestattet werde. Macdonald und Herriot sollten, wie man in Paris annehme, daß es gelingen werde, von Deutschland die Annahme eines Zahlungsausschusses durchzusetzen, ohne daß Deutschland endgültig eine Erklärung abgibt, keine weiteren Gelder mehr zahlen zu wollen.

### Drei Vorschläge Englands

Berlin, 9. Juni. Nach einer Meldung Berliner Blätter aus London soll das Programm der englischen Regierung für die Reparationsregelung in Lausanne folgende drei Möglichkeiten vorsehen:

1. Die vollständige und einfache Streichung der Reparationen, die im Prinzip immer die englische Idee gewesen sei.
  2. Eine reduzierte Schuldzahlung Deutschlands, wodurch die Reparationen ein für allemal abgelöst werden sollten.
  3. Ein sehr langfristiges Moratorium für Deutschland, nach dessen Ablauf das Reich in hart vermindertem Umfang seine Zahlungen wieder aufnehmen soll.
- Für den Fall, daß sich in Lausanne keine dauerhafte Regelung erzielen lasse, sollen die Verhandlungen so geführt werden, daß die Möglichkeit für

### Vereinbarungen zu einem späteren Zeitpunkt

offen gelassen werde, die sich vielleicht im Rahmen der Weltkreditkonferenz oder auf Grund zukünftiger Verhandlungen mit Amerika ergeben könnten. In diesem Zusammenhang ist eine Meldung des „Mail“ aus London von Interesse, daß Macdonald die Absicht haben solle, Herriot den Vorschlag zu machen, die Lausanner Konferenz nach der Aussprache über die Reparationsfrage zu vertagen und die Arbeiten entweder in der Schweiz oder in London zur Prüfung des zweiten Teiles der Tagesordnung wieder aufzunehmen, wenn es den Vereinigten Staaten möglich sein werde, Delegierte zu entsenden.

### Washington gegen Schuldenerleichterung

Washington, 9. Juni. Das Staatsdepartement wendet sich in einer Erklärung erneut gegen die Streichung der Kriegsschulden. In der Erklärung heißt es, die amerikanische Regierung sei nicht gewillt, Vorschläge der europäischen Nationen anzunehmen für eine Streichung der Kriegsschulden und Reparationen. Der amerikanische Standpunkt gehe dahin, daß eine Streichung der Reparationen durch die europäischen Staaten die amerikanische Regierung nicht verpflichte, auch die Schulden zu freieren. Vom Staatsdepartement wird betont, daß dieser Standpunkt allen an der Lausanner Konferenz interessierten Regierungen bekanntgegeben worden sei.

### Washington, 9. Juni. Das Spargesetz, das an den

Regierungsausgaben Hörsche von insgesamt 138 Millionen Dollar vornimmt, ist vom Senat angenommen worden.

### Eingreifen Macdonalds in Genf?

London, 9. Juni. Der parlamentarische Korrespondent der „Times“ meldet, Premierminister Macdonald und der Staatssekretär des Äußeren, Sir John Simon, werden den Dienstag und Mittwoch in Genf verbringen und rechtzeitig zur Eröffnung der Reparationskonferenz am Donnerstag in Lausanne sein. Es herrscht die bestimmte Ansicht, daß die britische Delegation in Genf bei der Sitzung des allgemeinen Ausschusses der Abrechnungskonferenz am Dienstag Vorschläge machen wird, die darauf abzielen, der in den Arbeiten der Konferenz eingetretenen Stockung ein Ende zu machen. Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meint, britische Kreise seien jedoch über den Erfolg

eines solchen Versuches ziemlich pessimistisch, zumal die Sachverständigenausschüsse, wenn man von ihrer einseitigen Stellungnahme gegen den chemischen und bakteriologischen Krieg absieht, in jeder wesentlichen Frage uneinig seien. Das Blatt betont, daß sehr wahrscheinlich weniger Hoffnung auf ein greifbares Ergebnis bestehe, als vor Ernennung der Ausschüsse, und weist darauf hin, daß die Politiker sich mehrfach in nicht sehr schmeichelhaften Bemerkungen über die Sachverständigen geäußert haben.

### Herriot erweitert den Donauplan

Paris, 9. Juni. Man trägt sich in französischen amtlichen Kreisen mit der Absicht, demnach die Tardieu'schen Plan einer Donauföderation wieder aufzugreifen und ihn in erweiterter Form noch einmal den europäischen Großmächten vorzulegen. Man will vor allem Bulgarien und Griechenland in diesen Plan einbeziehen, um auch ihren Bedürfnissen gerecht zu werden.

## Hitler als Zeuge in einem Meineidsprozeß

### 1000 Mark Ordnungsstrafe - Die NSDAP zur Südtirolfrage

München, 9. Juni. Vor dem Schwurgericht München findet zur Zeit ein Meineidsprozeß gegen den Berliner Journalisten Werner Abel statt. Abel hat in einem früheren Verleumdungsprozeß unter Eid ausgesagt, er wisse aus persönlicher Kenntnis, daß ein italienischer Hauptmann Magliorini rechtsradikalen Führern laienhafte Beträge habe zukommen lassen, u. a. einem Hauptmann Reichert 10000 Goldmark. Nach der Anklageurteil haben die behaupteten Vorgänge und Unterbreitungen gar nicht stattgefunden, aber Abel hält seine früheren Aussagen aufrecht.

In der heutigen Verhandlung wurde Adolf Hitler als Zeuge vernommen. Er erklärte, es sei möglich, daß er mit Journalisten, Schriftstellern und Intellektuellen einmal über Südtirol gesprochen habe. Dabei habe er aber immer betont, daß es seinen Kampf unerhört erleichtern würde, wenn gewisse Karten gegenüber den Südtirolern verschwinden.

Finanziell habe er nicht mit dem Auslande zu tun. Er habe niemals von Ausländern Geld entgegengenommen.

Als der Vorsitzende an Hitler die Frage richtete, ob seine Bewegung überhaupt aus dem Ausland Geld erhalten hätte, erklärte der Zeuge, daß die nationalsozialistische Bewegung eine großdeutsche Bewegung sei und sich über die ganze Welt erstrecke. Es sei klar, daß in sehr unruhigen Zeiten, wie zum Beispiel während des Ruhrkampfes, die Deutschen in der ganzen Welt bewegt würden und daß dann von ihnen kleinere Unterstützungen der Bewegung des Nationalsozialismus ausgehen seien. Derartige

Unterstützungen aus dem Auslande seien nur von Deutschen gekommen.

Er habe nie Geld von einem Angehörigen eines früher feindlichen Landes erhalten, insbesondere nicht von einem Italiener zu einem bestimmten Zweck. Wenn dies bei irgendeiner anderen Stelle geschehen und ihm dies bekannt geworden wäre, so hätte er es aufs schärfste zurückgewiesen.

Im weiteren Verlauf bezeichnete Adolf Hitler die Behauptungen Abels, die NSDAP habe von Italien Gelder erhalten, weshalb die Partei ihre bekannte Stellung zur Südtiroler Frage eingenommen habe, als eine glatte Lüge. Als der Vorsitzende den in Erregung geratenen Zeugen zu beschwichtigen suchte, rief dieser laut in den Saal:

„Das sind Behauptungen, die, wenn ich sie nicht wiederlegen kann, mich zwingen, zur Pistole zu greifen.“

Hitler begründete dann nochmals seine Stellung zur Südtiroler Frage. Die deutsche Politik glaube, durch Proteste und Drohungen das Schicksal der Südtiroler erleichtern zu können. Diese Politik sei falsch. Er halte es für richtig, auch im Interesse der Südtiroler selbst, zu einer Verständigung mit Italien zu kommen. Nicht, daß die Nationalsozialisten kein Gefühl für die Südtiroler Frage hätten, aber mit Gefühlsausbrüchen könne man nicht helfen. Hier müßte eine weitschauende politische Neuorientierung eintreten.

Auf die Frage des Rechtsanwalts Ehrhardt, ob Hitler bekannt geworden sei, daß Vertreter seiner Partei Verhandlungen mit Italien geführt hätten, erklärte Hitler: „Was heißt Vertreter der Partei? Das könnten nur Leute sein, die mich persönlich vertreten, denn die Partei bin ich.“ Auf die weitere Frage, ob Hitler jemand beauftragt habe, mit Mussolini oder der italia-

nischen Regierung zu verhandeln, antwortete Hitler mit einem entschiedenen „Nein“.

Eine Reihe weiterer Fragen der Verteidiger Abels wird vom Gericht nicht zugelassen.

Schließlich kam es im Verlauf der Fragestellungen zu einem schweren Zusammenstoß zwischen Adolf Hitler und den beiden Verteidigern Rechtsanwalt Ehrhardt und Dr. Rosenfeld.

Als diese Hitler fragten, ob es richtig sei, daß die Hitler-Bewegung Gelder von den Soda-Werken und dem Schneider-Creuzot-Konzern bezogen hätte, fuhr Hitler in höchster Erregung auf und schrie den Verteidigern zu: „Ich lasse mich nicht beleidigen. Was fällt Ihnen ein? Ich kann es vor den Millionen meiner Anhänger nicht verantworten, mich hier insultieren zu lassen. Ich gebe diesen Rechtsanwälfen keine Antwort mehr.“ (Beifallsstürmen im Zuscherraum.) Der Vorsitzende ermahnte Hitler zur Ruhe und machte ihn darauf aufmerksam, daß er jetzt die vom Gericht zugelassenen Fragen der Rechtsanwälfen beantworten müsse. Hitler betonte nochmals, daß es für ihn und seine gesamte Bewegung unerträglich sei, in dieser Weise insuliert zu werden.

Alle diese Dinge, die ihm hier vorgehalten würden, seien von A bis Z erlogen.

Auch wiederholte Versuche des Vorsitzenden, Hitler zu bewegen, den Anwälten Antwort zu geben, blieben erfolglos.

Nach längerer Beratung des Gerichtshofes wurde die Verhandlung wieder aufgenommen. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Angeklagte und seine Verteidiger auf dem Gerichtssaal vor dem Schwurgerichtssaal angetroffen worden seien, und daß er, der Vorsitzende, deshalb die politische Meinung des Ganges veranlaßt habe.

Sodann verkündete der Vorsitzende, daß das Gericht den Zeugen Hitler wegen Verweigerung des Zeugnisses zu einer Ordnungsstrafe von 1000 Mark, im Nichterbringungsfall zu 16 Tagen Haft, sowie zur Tragung der durch die Verweigerung verursachten Kosten verurteilt habe. Ferner wird Hitler wegen Ungehorsams in der Sitzung zu einer Ordnungsstrafe von 200 Mark, im Nichterbringungsfall zu drei Tagen Haft verurteilt.

In der Begründung des Urteils wurde angeführt, daß der Zeuge sich laut schreien gegen die Verteidiger gewandt und in verletzender Weise von „jüdischen Rechtsanwälfen“ gesprochen habe.

Es folgte eine Kontroverse mit den Verteidigern, die es ablehnten, auf dem Wege über den Vorsitzenden Fragen zu stellen. Damit war die Vernehmung Hitlers beendet.

### Preußen erhält 35 Millionen Kredit

Berlin, 9. Juni. Die Reichs-Bankdirektion hat die Konvertierungskredit eines unter Führung der Preussischen Staatsbank (Sechsbank) stehenden Bankkonfortiums an den preussischen Staat nunmehr perfekt, mit dem der Staat durch die bekannte Notverordnung ausgeglichen worden ist. Der Staat Preußen erhält einen Betrag von 35 Millionen Mark. Es ist eine Klärung bei der Reichsbank vorgefallen, doch hat man Grund zur Hoffnung, daß von dieser Möglichkeit nur wenig oder kein Gebrauch gemacht zu werden braucht.

Die deutsch-nationale Fraktion hat im Preussischen Landtag die sofortige Aufhebung der neuen preussischen Notverordnung beantragt. Diesem Antrag haben sich auch die Kommunisten angeschlossen.